

Männern der verschiedensten Nationen zu pflegen haben, sicherlich viel stärker als viele andere längst erkannt haben, daß echtes Nationalgefühl nichts zu tun hat mit nationalistischer Überheblichkeit.“⁶⁷

Mit ihren Versuchen, eine am Ideal der Volksgemeinschaft ausgerichtete Einheitsbewegung zu konstruieren, griff der Bund der Saarvereine der späteren „Deutschen Front“ vor. Wie wenige Monaten nach ihm der „Saarbevollmächtigte der Reichsregierung“ Bürckel reduzierte Posselt schon Anfang 1932 die Entscheidung über das künftige Schicksal der Saar auf die einfache Formel, daß letzten Endes

„alles deutsch [sei], was an der Saar lebt, arbeitet und vorwärts strebt. Und alles was deutsch ist, will heim zum Reich. Das allein muß ausschlaggebend sein für die politischen Auseinandersetzungen.“⁶⁸

* * *

Die bis 1933 propagierte und in den Satzungen verankerte Überparteilichkeit und Überkonfessionalität war in erster Linie ein Zugeständnis an die staatlichen Geldgeber und sollte gleichzeitig eine vom Parteienstreit der Weimarer Republik enttäuschte Klientel ansprechen. Die Realität sah hingegen anders aus: Seine einseitige aggressive Polemik stieß gemäßigte und verständigungsbereite Vereinigungen eher ab, während der Verein damit bei den vaterländischen, national bis nationalistischen und irredentistischen Verbänden auf breite Zustimmung stieß. Auch wenn dies in der Retrospektive anders dargestellt wurde, besaß der Bund der Saarvereine vor 1933 keine Affinität zu den Ideen des Nationalsozialismus. Gelegentliche nationalistisch gefärbte verbale Entgleisungen zielten vor der „Machtergreifung“ eher darauf ab, die Erwartungshaltung einer aufgeheizten Masse zu befriedigen als sie Ausdruck innerster Überzeugung oder gar theoretisch untermauert gewesen wären. Nach der Gleichschaltung diente die Berufung auf die jahrelange Objektivität zur Rechtfertigung der Kooperation mit dem Weimarer Parteienstaat. In Hinblick auf das bevorstehende Plebiszit schien es außerdem unverzichtbar, die Fassade der Überparteilichkeit weiterhin zu pflegen, galt es doch, die Abstimmungsberechtigten aller politischen Lager für die deutsche Option zu gewinnen.

⁶⁷ Gerade im bevorstehenden Wahlkampf sehne sich das deutsche Volk nach einer „parteifreien Sphäre“: SF 9 (1928) 9, S. 135. Vgl. ebenso Tätigkeitsbericht 1927, S. 11; Jahresbericht 1931, S. 12 f.; Jahres-Bericht 1932, S. 11 f. sowie SF 13 (1932) 18/19, S. 303.

⁶⁸ SF 13 (1932) 1, S. 4.